

REGIERUNG

Entwicklungshilfe für deutsche Werft

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel erwägt, erhebliche Etat-Mittel für ein Passagierschiff bereitzustellen, das die Papenburger Meyer Werft nach Indonesien liefern will. „Das geplante Vorhaben“, so ein Sprecher des Ministeriums, „schafft für die ärmere Bevöl-

kerung Zugang zu Märkten sowie wichtigen öffentlichen Einrichtungen.“ Im Ressort ist die Rede von 50 Millionen Euro, die zur Finanzierung des Großauftrags als Entwicklungshilfe für den Inselstaat eingesetzt werden sollen. Die Meyer Werft habe massiv gedrängt, sie

zu unterstützen. Das Projekt soll erst noch international ausgeschrieben werden. Im Emsland ist man zuversichtlich, den Auftrag in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro zu erhalten. „Der Braten liegt in der Röhre“, sagt ein Werft-Sprecher. Bislang hat das Unternehmen 24 Fähren nach Indonesien geliefert, finanziell meist unterstützt vom Bund und von der bundeseigenen KfW-Entwicklungsbank. 2007 überprüfte die KfW einmal, was mit der Entwicklungshilfe für sieben geplante Passagierschiffe erreicht worden sei. Zwei Fähren wurden mangels Bedarf erst gar nicht gebaut, eine dritte in den Senegal verchartert, die Auslastung der Flotte liege mit nur 61 Prozent „auf einem nicht mehr akzeptablem Niveau“, heißt es in dem Evaluationsbericht. Das „Oberziel“, die Mobilität der Bevölkerung des Inselstaats nachhaltig zu verbessern, sei verfehlt worden. Die Gesamtnoten für „entwicklungspolitische Wirksamkeit“ lagen überwiegend zwischen 4 („nicht mehr zufriedenstellend“) und 5 („eindeutig unzureichend“). Als Konsequenz entschied das Entwicklungsministerium damals, den Transportsektor in Indonesien nicht mehr zu fördern.



Meyer Werft

MEYER WERFT / DDP

AUSLANDSEINSÄTZE

Phalanx bröckelt

Als erstes Bundesland weigert sich Brandenburg, weiterhin Polizisten als Ausbilder nach Afghanistan zu schicken. Angesichts der Sicherheitslage am Hindukusch mehrten sich auch in anderen Ländern die Zweifel. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) will trotz seiner Befürchtung, der militärische Einsatz des Westens in Afghanistan führe zu einer Radikalisierung in Deutschland lebender Islamisten, weiterhin Polizisten an den Hindukusch entsenden. In Bayern, das erst seit Ende 2009 Beamte bereitstellt, heißt es, man beobachte die Sicherheitslage sehr genau, und aus Bremen verlautet, man sei nicht betroffen, da man nur

einen Polizisten im Kosovo habe. Manche Bundesländer, allen voran Nordrhein-Westfalen, haben zunehmend Schwierigkeiten, genügend Freiwillige für den Einsatz zu finden. Nachdem unlängst zwei spanische Polizisten und ein Übersetzer bei der Polizeiausbildung in Afghanistan von einem Rekruten erschossen wurden, fordert die Gewerkschaft der Polizei, die Sicherheit in den Camps zu überprüfen.



Polizeiausbilderin in Kunduz

KNUT MÜLLER

MIGRANTEN

Reise auf Staatskosten?

Seit Jahresbeginn beobachten Ausländerbehörden eine sprunghafte Zunahme freiwilliger Rückkehrer nach Serbien und Mazedonien. Der Grund dafür sei aber offenbar keine höhere Bereitschaft der Zuwanderer, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, heißt es in einem Brief des Bundesinnenministeriums an die Bundesländer. Entscheidend sei vielmehr, dass der Visumzwang für serbische und mazedonische Staatsbürger seit Ende vergangenen Jahres abgeschafft sei. Es gebe offenbar „vermehrt Fälle“, in denen Betroffene nach einigen Tagen Aufenthalt in Deutschland die staatliche Rückkehrhilfe beantragten. Die Antragsteller hätten „konkrete Vorstellungen“ über die Leistungen. „Mittellose Rückkehrer und Weiterwanderer“ aus beiden Ländern haben Anspruch auf die Beförderungskosten, 200 Euro Reisebeihilfen und 400 Euro Starthilfe pro Person.